

V0300/24

**Job-Turbo für Ukrainer in Ingolstadt zünden**  
**Antrag der Ausschussgemeinschaft FDP/JU vom 07.03.2024**  
**Stellungnahme der Verwaltung**  
**(Referent: Herr Fischer)**

**Antrag:**

1. Das Jobcenter hat im Sommer 2024 bereits eine Job-Messe und weitere Aktionen zur Integration Geflüchteter durchgeführt, die bekannt gegeben werden.
2. Im Hinblick auf die vielfältig vorhandenen Online-Stellenbörsen halten das Wirtschafts- und das Sozialreferat den Aufbau einer weiteren Online-Plattform nicht für zielführend.
3. Über die Zusammenarbeit des Jobcenters mit den Beteiligten des Arbeitsmarktes im Beirat, die Kooperation mit den Bildungsträgern und die zum 1.1.2025 in Kraft tretenden Rechtsänderungen im Bereich der Zuständigkeit für die Förderung der beruflichen Weiterbildung und der Reha-Förderung wird informiert.
4. Über die verschiedenen Unterstützungsmöglichkeiten für Arbeitgeber durch die Taskforce FKS+ und das Arbeitgeberteam des Jobcenters wird informiert. In der nächsten Beiratssitzung des Jobcenters sollen eventuelle Kooperationsmöglichkeiten erörtert werden.
5. Nach Auskunft der Leiterin des Berufsbildungszentrums des Klinikums kann aus Kapazitätsgründen kein „Sonderjahrgang“ im Bereich der Pflegehelferausbildung etabliert werden.
6. Im Hinblick auf die durch die Verwaltung geplante Ausweitung der Arbeitsgelegenheiten nach § 5 AsylbLG wird auf die Stellungnahme der Verwaltung (V0384/24) zum Antrag V0193/24 verwiesen.
7. Die Maßnahmen des Jobcenters zum möglichst vollständigen Einsatz der zugeteilten arbeitsmarktpolitischen Fördermittel des Bundes werden bekannt gegeben.

Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Stiftungen und Familien	04.07.2024	Bekanntgabe
Stadtrat	23.07.2024	Bekanntgabe

**Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Stiftungen und Familien vom 04.07.2024**

*Der Antrag der Ausschussgemeinschaft FDP/JU V0212/24 und der Antrag der Verwaltung V0300/24 werden gemeinsam diskutiert und behandelt.*

Stadtrat Ettinger merkt an, dass er nach wie vor von der Idee überzeugt sei.

Herr Fischer geht auf den aktuellen Stand ein, wo man gerade bei der Integration der Ukrainer und Ukrainerinnen in Erwerbstätigkeit stehe, auch wenn die Evaluation des Job-Turbo erst im Herbst vorgenommen werde. Dennoch zeige sich, dass die strategische Änderung durch den Job-Turbo Auswirkungen habe und Ukrainerinnen und Ukrainer die schon länger in Deutschland seien und die sprachliche Qualifizierung bereits fortgeschritten sei, leichter in die Arbeit integriert werden können. Im ersten Halbjahr habe man 64 Ukrainerinnen und Ukrainer, die Leistungen des Jobcenters benötigten, in Arbeit bringen können. Dies sei mehr als im Jahr 2023 insgesamt, denn man habe nahezu eine Verdreifachung gegenüber den Integrationszahlen aus dem Vorjahr. Ebenso sinke die Zahl der Ukrainerinnen und Ukrainer, die in Ingolstadt auf Bürgergeld angewiesen seien, im Vergleich zum Vorjahr um fünf Prozent. Sehr erfreulich sei auch, dass die Zahl der ukrainischen Frauen die Bürgergeld benötigen, um neun Prozent gesunken sei, so Herr Fischer. Ebenso seien auch die Ukrainerinnen und Ukrainer, die derzeit noch Leistungen des Jobcenters bekommen, zum Teil bereits erwerbstätig. Herr Fischer erklärt, dass der hohe Minijobanteil darauf zurückzuführen sei, dass die meisten ukrainischen Frauen derzeit alleinerziehend seien und an die Kinderbetreuung gebunden sind und daher häufig nur ein Minijob infrage komme. Des Weiteren arbeiten mittlerweile in Ingolstadt insgesamt 399 Ukrainerinnen und Ukrainer in sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen und 82 Minijobverhältnisse. Die Zahl der Deutschen, die in Ingolstadt sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind, sei hingegen zuletzt gesunken. Das bedeute, dass der zusätzliche Arbeitskräfte- und Fachkräftebedarf in Ingolstadt ausschließlich durch ausländische Fach- und Arbeitskräfte gedeckt werden könne. Zum Antrag insgesamt teilt Herr Fischer mit, dass eine von Jobcenter organisierte Jobmesse mit über 200 Teilnehmenden stattgefunden habe, und diese von einem Arbeitgebervertreter im Verwaltungsausschuss der Arbeitsagentur sehr gelobt worden sei.

Stadtrat Ettinger merkt an, dass er im internationalen Vergleich folgende Zahlen der beschäftigten ukrainischen Flüchtlinge 2023 gefunden habe: 78 Prozent aller ukrainisch Geflüchteten seien in Arbeit, gefolgt von Polen, Tschechien und zum Schluss Deutschland mit 19 Prozent. Er möchte wissen, wie es dazu komme und ob diese Lücke noch deutlich vermindert werden könne.

Herr Fischer teilt mit, dass mehrere Faktoren eine Rolle spielen. Das eine sei die unterschiedliche Strategie die bundesweit verfolgt werde und in Ingolstadt wollte man nicht den Fehler machen, den man in zurückliegenden Migrationswelle gemacht habe, wo man sehr viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus dem Ausland als Hilfskräfte weit unter deren Qualifikationsniveau beschäftigt habe. Deswegen wollte man es dieses über eine gute sprachliche Qualifizierung und Anpassungsqualifizierung machen, damit die Abschlüsse die mitgebracht werden genutzt werden können und entsprechend des Berufsabschlusses weiterqualifiziert werde. Dadurch bekomme man Arbeitsaufnahmen Geflüchteter nicht so schnell wie andere Länder hin, die eine andere Strategie verfolgen und Geflüchtete in größerem Anteil nur in Gelegenheits-, Aushilfs- und Helferjobs integrieren. Er ist der Meinung, dass sich die Strategie, die in Deutschland verfolgt worden sei durch den mittlerweile schon lange andauernden Kriegsverlauf als gar nicht so falsch erwiesen habe. Der Jugoslawienkrieg habe auch gezeigt, dass Geflüchtete aus den Kriegsgebieten oft bis zu 10 Jahre nach Kriegsende verbleiben. Daher sei die Integration von Fachkräften wichtig und solle nicht nur in Helferjobs integriert werden. Eine weitere Auswirkung sei auch der Lebensstandard der über die Bürgergeldleistung gesichert werden könne, der in anderen europäischen Ländern nicht so sei, wenn man nicht erwerbstätig ist. Durch die Absicherungshöhe habe man möglicherweise den wirtschaftlichen Druck von den Geflüchteten genommen sich sofort um jeden Helferjob zu bewerben und dadurch die Möglichkeit geboten sich sprachlich zu qualifizieren und die Anpassungsqualifizierung durchzuführen zu können. Bezüglich dem Thema, ob mehr fordern möglich sei, teilt Herr Fischer mit, dass dies eines der Reformvorhaben sei, die derzeit anstehen. Von der fachlichen Seite her, habe man immer gesagt, dass die Leistungsminderungen, die das System vorgesehen habe früher sinnvoll gewesen sein und dass das

Verfassungsgerichtsurteil nicht dazu gezwungen habe, dieses Fordern-System soweit zurückzuschrauben wie dies im Jahr 2023 durch den Bundesgesetzgeber erfolgt sei. Mittlerweile seien die Regelungen geändert worden und es gebe Überlegungen, die weiteren Leistungsminderungsregelungen anzupassen und das Fordern wieder etwas stärker zu betonen.

Stadtrat Niedermeier widerspricht bezüglich dem Sprachniveau, denn in den Medien sei gerade im Gespräch, dass in Deutschland zu scharf vorgegangen werde, denn die Sprache solle in bestimmten Berufen keine Rolle spielen. Weiter geht er auf das Thema Job-Turbo ein und erläutert dazu einen Bericht des Donaukuriers, bei dem es darum gehe, dass ein Gebäudereiniger in Berlin Arbeitskräfte suche und sich an die Bundesagentur für Arbeit im Stadtteil Steglitz-Zehlendorf gewendet habe. Es seien ihm 380 Vermittlungsvorschläge gemacht worden, doch aus Datenschutzgründen dürfe die Bundesagentur für Arbeit keine Telefonnummer oder E-Mail-Adresse rausgeben und es soll alles per Brief erfolgen. Am Ende stellte sich raus, dass sich nur fünf davon gemeldet haben und ein einziger langzeitarbeitsloser Berliner konnte genommen werden.

Frau Müller teilt mit, dass die Rückmeldung der Arbeitgeber sei, dass diese auf das Sprachniveau Wert legen. Die Rückmeldung der Messe habe ergeben, dass viele Arbeitgeber von Leuten überzeugt seien, doch das deutsche Sprachniveau sei noch zu gering. Gerade im Bereich Handwerk sei das Sprachniveau sehr wichtig, um auch auf Sicherheitshinweise und Sicherheitsinstruktionen aufmerksam zu machen. Es sei nicht vom Vorteil, wenn man kurzfristig Helferjobs vermittele, da derjenige nach kürzester Zeit demotiviert sei, genauso wie der Arbeitgeber. Bezüglich des Datenschutzes merkt Frau Müller an, dass bei Vermittlungsvorschlägen die an Kunden von einem Arbeitgeber geschickt werden, keine Telefonnummer oder E-Mail-Adresse ausgehändigt werden darf. Wenn es sich um eine bewerberorientierte Vermittlung handle, sei der Prozess ein anderer und es können auch die Kontaktdaten rausgegeben werden.

Herr Fischer ergänzt, dass das kommunale Jobcenter in Ingolstadt anders arbeite. Es sei nicht das Ziel einen Arbeitgeber bei Personalbedarf mit 400 Vermittlungsvorschlägen zu bewerben. Das Jobcenter selektiere vor und gebe dem Arbeitgeber rund ein Dutzend Bewerberinnen und Bewerber, die auf den Arbeitsplatz passen könnten, den der Arbeitgeber anbiete.

Stadtrat Niedermeier möchte in Erfahrung bringen, ob die 78 Prozent in Dänemark auch dänisch gesprochen haben.

Frau Müller denkt, dass man auf dem dänischen Arbeitsmarkt eventuell auch mit Englisch weiterkomme. Weiter merkt sie an, dass die Dänen die Arbeitsaufnahme anders zählen und man gehe davon aus, dass die Zahlen nicht von langer Dauer seien, da es keine nachhaltige Integration sei.

Stadträtin Segerer möchte wissen, wie es im Moment mit der Anerkennung der Berufsabschlüsse aussehe, denn es kommen auch Leute mit abgeschlossener Ausbildung, die dringend benötigt werden.

Frau Müller erklärt, dass aus diesem Grund der Anerkennungsprozess schon während des Integrationskurses gestartet werde. Es werde ein Integrations Sprachkurs gesucht und der Anerkennungsprozess werde angestoßen, sofern es sinnvoll sei.

Die Beschlussvorlage der Verwaltung wird bekanntgegeben.